

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— M., durch die
Post vierteljährlich 6.— M. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen.
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 M. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ede Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 129.

Donnerstag den 4. November 1920

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Der preussische Minister des Inneren hat trotz eines gegenwärtigen Gutachtens des Justizministers ein neues Verbot der Selbstschuttsorganisation „Orgeßch“ erlassen.
In Berlin wurde der „Verschmelzungs-Parteitag“ der kommunistischen Partei Deutschlands eröffnet.
Die Reuter meldet, soll eine Zusammenkunft „in der Art von Spa“, vermutlich in Genf stattfinden.
Eine Entschließung der rheinischen Zentrumspartei wendet sich gegen die Verabschiedung der preussischen Verfassung in dritter Lesung, bevor nicht das Zustandekommen des Provinzial-Autonomiegesetzes in befriedigender Form gesichert ist.
Der Entwurf eines Reichsgesetzes für Oberschlesien wird dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen.
Volen hat den Vorschlag des Völkerbundes, im Gebiet von Bina eine Volksabstimmung stattfinden zu lassen, angenommen.
Die englische Volkzeitung in Irland unternahm aus Anlaß der letzten Überfälle auf Militär- und Polizeipoststellen durch Einwohner zahlreiche Straftatungen gegen irische Städte und Dörfer.

Mehr Kohle!

Nur durch Steigerung der Produktion.

Durch die Erfüllung des Spa-Abkommens gehen dem deutschen Wirtschaftsleben monatlich zwei Millionen Tonnen Kohlen verloren. Die Folgen dieser zwangsweisen Kohlenausfuhr sind hinlänglich bekannt. Die besten Kohlenorten wandern in die französischen, italienischen und belgischen Fabriken, nur ein kläglicher Rest an minderwertiger Kohle verbleibt uns zur notdürftigsten Versorgung. Eisenbahn, Industrie, Gas- und Elektrizitätswerke, Landwirtschaft, kurzum die ganze Bevölkerung leidet schwer unter dem Mangel an Heizmaterial. Das deutsche Volk geht einem schweren Winter entgegen.

Wie kann diesem Notstand abgeholfen werden?

Ein Verzicht der Entente auf die einmal von uns bewilligten Kohlenlieferungen kommt nicht in Betracht. Frankreich würde das Ausbleiben der Kohlenzüge sofort mit der Befestigung des Ruhrreviers beantworten. Um diesen Preis aber will das deutsche Volk keine Besserung seiner Notlage herbeiführen. Also muß ein anderer Weg ausfindig gemacht werden, und diesen glaubt man mit Recht in der

Steigerung der bisherigen Kohlenförderung

zu erblicken. In diesem Wunsch kommen sich alle Kreise und Schichten der Bevölkerung entgegen, um so größer sind jedoch die Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege, mit denen diese Mehrförderung erzielt werden soll. Die große Masse der Arbeiter glaubt das Ziel am ehesten durch eine „Sozialisierung des Bergbaues“, durch eine Verstaatlichung der Kohlengruben, zu erreichen. Je weiter links die einzelnen politischen Gruppen stehen, desto radikaler wollen sie die Sozialisierung durchgeföhrt sehen. Hier spielt allerdings auch das Bestreben mit, die großen Gewinne der Bergbauindustriellen der Allgemeinheit zuzuföhren, insbesondere die Angestellten und Arbeiter an dem Besitz und an dem Gewinn teilhaben zu lassen.

Regierung und Parteien haben sich diesen mehr oder minder berechtigten Forderungen nicht verschließen können und sind der Lösung des Sozialisierungsproblems näher getreten. Eine besonders zu diesem Zwecke eingesetzte Sozialisierungskommission hat der Regierung und dem Parlament zwei Vorschläge unterbreitet, die beide die Ueberföhrenng der Kohlenwirtschaft an den Reichskohlenrat, den Träger der Allgemeinheit, beabsichtigen, jedoch über den Zeitpunkt der Verwirklichung der Sozialisierung gehen die Meinungen noch auseinander. Der eine Vorschlag fordert sofortige Sozialisierung durch Enteignung der Grubenbesitzer unter Entschädigung in festverzinslichen Obligationen, der zweite Vorschlag befürwortet eine allmähliche Sozialisierung in einem Zeitraum von 30 Jahren.

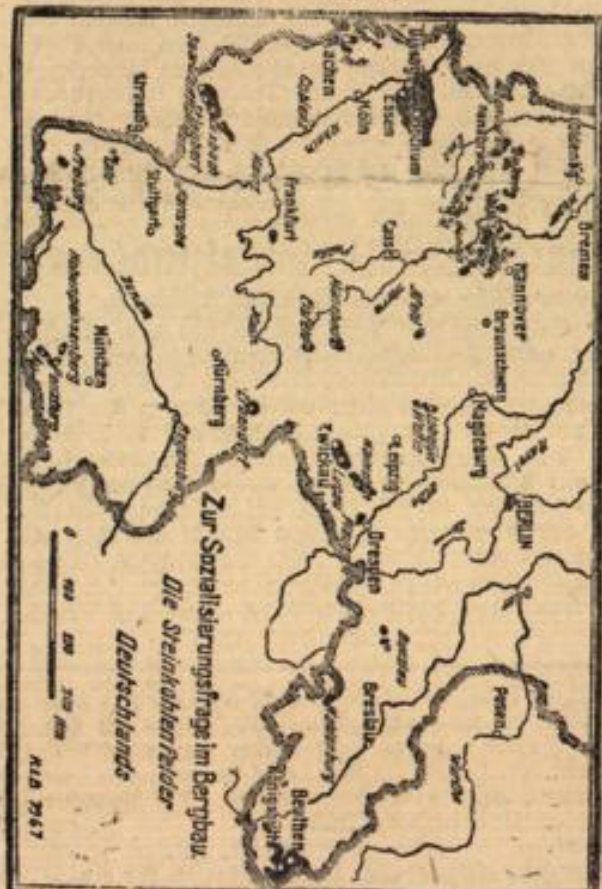
Die Regierung hat sich bis jetzt noch auf keinen der beiden Vorschläge festgelegt. Zunächst steht sie auf dem Standpunkt, daß die Kohlenwirtschaft nach dem Standpunkt, daß die Kohlenwirtschaft nach dem gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu verantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Art und Form der Sozialisierung würden sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung

größter Produktionssteigerung

zu entwickeln. Auch die Mehrzahl der Parteien haben bei der letzten Etatsdebatte im Reichstag die Bedingung gestellt, daß nur sozialisiert werden dürfe, wenn die Sozialisierung wirtschaftsfördernd ist, wenn sie die Produktion etwa nicht schwächt, sondern vielmehr in hohem Maße zu steigern geeignet ist.

Die Frage, ob die Sozialisierung überhaupt produktionsfördernd sein kann, wollen wir heute offen

lassen. Zunächst nur ein kurzer Blick nach England, wo sich in den letzten Wochen ein hartnäckiger Kampf zwischen Regierung und Bergwerksbesitzern einerseits und den Bergarbeitern andererseits abgespielt hat. Wie immer, ist es dort zu einer Einigung gekommen, wonach die Höhe des Lohnes sich nach dem jeweiligen Gewinn der Unternehmer richtet. In vielen Augen wurde dieser Ausgang des Riesenstreiks als ein Sieg der Bergarbeiter hingestellt. Das dürfte ein großer Irrtum sein. In Wirklichkeit hat die Regierung ihr Ziel, nämlich die Steigerung der Kohlenproduktion, erreicht, denn die Höhe des Unternehmergewinnes und im Zusammenhang damit die Höhe der Bergarbeiterlöhne ist abhängig von der Höhe der Produktion. Je mehr Kohle gefördert wird, desto höher der Lohn der Bergarbeiter. Die englische Kohlenproduktion, die heute um 50 Millionen Tonnen jährlich gegen die Förderung im letzten Friedensjahre zurückbleibt, wird voraussichtlich ihren alten Stand wieder erreichen. Der Export des wichtigsten der englischen Austauschgüter, der Kohle, ist dadurch wieder sichergestellt. Ohne Zweifel, eine gentale Lösung des englischen Kohlenstreiks. Mit Abschluß des Abkommens ist Bezeichnenderweise der alte Ruf nach Verstaatlichung der Gruben völlig verstummt. Sollten die Arbeiter bei der Neuregelung der Lohnfrage besser abschneiden, als bei einer Rationalisierung der Kohle?



Diese Vorgänge in England müssen uns Deutschen sehr zu denken geben. Auch bei uns ist die Steigerung der Kohlenförderung eine wirtschaftliche Notwendigkeit allerersten Ranges, ja die Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens hängt von einer gesunden Lösung dieses Problems ab. Bei allen Sozialisierungsplänen muß uns daher vor allem die Frage vor Augen schweben: Ist eine Steigerung der Kohlenproduktion dadurch zu erzielen oder nicht? Diese Frage muß vor allem bei den bevorstehenden Beratungen — die Vorlage wird dem Reichstag demnächst zugehen — richtig beantwortet werden. F.



Die Provinzialautonomie.

Ein Beschluß der Rheinischen Zentrumspartei.

In der Frage der Provinzialautonomie ist die rheinische Zentrumspartei einmütig zu der Ansicht gelangt,

„daß die Neugliederung nur dann zu einem gedeihlichen Ende geführt werden kann, wenn sie durch eine klare und entschlossene Initiative der Reichsregierung in die Wege geleitet wird. Die Reichsregierung dürfe sich diese Initiative unter keinen Umständen aus der Hand nehmen lassen und muß sie durchföhren, ehe die zweijährige Sperrfrist abgelaufen ist.“

Für die Uebergangszeit verlangt der Provinzialausschuß eine möglichst weitgehende Ausgestaltung der Autonomie der preussischen Provinzen, und zwar in seinen Grundzügen bei Selbstenheit der Verabschiedung der preussischen Verfassung, nach der Ausgestaltung im einzelnen bei Gelegenheit der Verwaltungsreform in Preußen.

Für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, die Grundzüge der Provinzial-Autonomie in die Verfassung aufzunehmen, wird angeregt, daß die Verfassung nicht in dritter Lesung verabschiedet wird, bevor nicht das Zustandekommen des Provinzial-Autonomie-Gesetzes in befriedigender Form gesichert ist.

Reichsgesetz für Oberschlesien.

Der Entwurf eines Gesetzes über Oberschlesien ist in der letzten Sitzung des Reichsrates den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden. Der Gesetzentwurf wird im Laufe dieser oder Anfang nächster Woche im Reichsrat fertiggestellt und dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Ein neues Orgeßchverbot.

Der Minister des Inneren gegen den Justizminister.

Während der preussische Justizminister soeben ein für die Orgeßch günstiges Gutachten abgegeben hat, erläßt der preussische Minister des Inneren, Herr Severing, an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten eine Verfügung, in der er erklärt, die Betätigung und Wirkung der Organisation Orgeßch stelle eine immer mehr wachsende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung dar.

Einerseits fordere die Orgeßch in besonderen Ausrufen nicht nur ihre Mitglieder, sondern darüber hinaus die Allgemeinheit zum Ungehorsam gegen die Staatsregierung auf, indem sie geltend mache, daß auf seiten der Orgeßch die Macht sei. Andererseits ruft sie durch Art und Inhalt ihrer Agitation nicht nur zum Widerspruch, sondern auch erwieffenermaßen den Zusammenschluß der auf entgegengesetztem Boden stehenden Kreise der Bevölkerung hervor.

„Im Hinblick darauf“, heißt es dann, „ersuche ich unter Bezugnahme auf meinen an die Herren Oberpräsidenten gerichteten Drahterlass vom 15. 8. 1920 sämtliche zur Organisation Orgeßch gehörenden oder mit ihr verbundenen und auf gleichem Boden stehenden Vereine gemäß Paragr. 2 des Vereinsvereinsgesetzes aufzulösen, insbesondere alle Versammlungen zu verbieten und zu verhindern, sowie in der gebotenen Weise gegen Zeitungsanzeigen, Aufrufe und dergleichen vorzugehen.“

Die anschließende Begründung enthält das genaue Gegenteil des Gutachtens des doch ebenfalls preussischen Justizministers. Unter anderem wird darin gesagt, daß die Orgeßch sich Polizeigewalt anmaßt, die ausschließlich Recht des Staates sei, daß sie als eine Umgehung der Einwohnerwehren anzusehen sei und daß sie gegen das Strafgesetzbuch verstoße, da, wenn nicht sie selbst, so doch der größte Teil der Mitglieder Waffen habe.

Zuletzt weist der Minister des Inneren noch auf das Gutachten hin, das der Justizminister erstattet hat. Dieser selbst habe es wegen des Mangels des vorliegenden Materials als nicht endgültig bezeichnet. Er werde ihm jetzt das noch in der Sammlung begriffene Material über das Wirken der Orgeßch zur erneuten Prüfung übermitteln.

Der Fall Hermes

Ministerautos einst und heute.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Aussprache über die Anschuldigungen gegen den Reichsminister Hermes fortgesetzt. Allgemein wurden die groben Verfeßte gegen die Sparsamkeit befaßt, die vor allem in der Anschaffung überflüssiger kostbarer Regierungsautos bestehen.

Reichsminister Dr. Hermes mußte auf sozialdemokratische Anfrage u. a. zugeben, daß die Reichsstelle für Gemüße zwei Autos unterhalten habe, das zweite Auto ohne Wissen des Reichsfinanzministers. Der Zentrumsgesandte Reichsminister Dr. Brüning vertrat die Ansicht, daß die Unanständigkeit etatsrechtlich

nicht in Ordnung sei. Auch sei die Versicherung eines so kostbaren Autos peinlich.

Der nächste Redner Abg. Gelfferich (Dnats.) sprach von einer Verschwendung sucht, die keine Grenzen mehr kenne. Ein Preis von 280 000 Mark für ein Auto zum städtischen Verkehr überschreite unter allen Umständen weit das Bedürfnis. Warum nehme man nicht ein Auto aus den Herresbeständen oder von den Kriegsgesellschaften? In der Zeit vor dem Kriege hatte nur der Kaiser einen

zweiwägen, der Minister des Auswärtigen einen Einspänner. Alle anderen Minister gingen zu Fuß oder nahmen eine Droschke und zahlten selbst, wenn sie fuhren. Als Autos während des Krieges auf den Straßen nicht mehr zu finden waren, wurde vom Kriegsministerium dafür gesorgt. Wir müssen zur alten Sparbarkeit zurückkehren. Jetzt braucht jedes Ministerium für sein Auto jährlich 80-90 000 Mark Unterhaltungskosten. In Weimar hatte jeder Minister sein Auto, und die Entfernungen waren doch wirklich nicht groß.

In einer Entschließung der Deutschen Nationalen wird die Regierung aufgefordert, 1. die Zahl der auf Reichskosten unterhaltenen Kraftwagen einschließlich der der Kriegsgesellschaften wesentlich einzuschränken, 2. dem Reichstage ein Verzeichnis der am 1. Oktober 1919 und der am 1. Oktober 1920 auf Reichskosten unterhaltenen Kraftwagen vorzulegen. Der Antrag der Deutschen Nationalen wurde einstimmig angenommen.

Auf eine Anfrage der Abg. Mumm (Dnats.), wie weit die Untersuchung des gegen den früheren Reichsfinanzministers Erzberger erhobenen Vorwurfs der Steuerdefraudation gediehen sei, teilt Reichsfinanzminister Dr. Wirth mit, daß eine Nachprüfung der Steuererklärungen Erzbergers im Gange sei. Die Prüfung werde wohl in dieser Woche abgeschlossen sein und das Ergebnis der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Ein Antrag der Unabhängigen, das Ergebnis der Untersuchung des Reichskabinetts im Falle Hermes zu veröffentlichen, wurde abgelehnt. Darauf vertagte sich der Ausschuss.

Politische Rundschau.

Berlin, 2. November 1920.

Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften hat auf seiner letzten Reichstagung in Charlottenburg die Sozialisierung des Vergütungs einmütig abgelehnt.

Bischof Korum von Trier hat am 2. November sein 80. Lebensjahr vollendet. Die Zentrumsfraktion des Reichstages und die Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung haben dem Senior des deutschen Episkopats ihren Glückwunsch zu seinem Jubeltage entboten.

In Berlin wurde der kommunistische Parteitag zur Vorbereitung der Verschmelzung von Kommunisten und linksunabhängigen eröffnet.

Freier Weg nach Ostpreußen. In den Pariser Verhandlungen mit Polen, welche den Durchgangsverkehr von Ostpreußen nach dem übrigen Reich betreffen, ist ein Stillstand eingetreten. Die Polen erheben den unberechtigten Anspruch, die Verkehrsverbindungen nicht den ostpreussischen Verkehrsnotwendigkeiten, sondern der Leistungsfähigkeit der polnischen Verkehrsanstaltungen anpassen zu dürfen. Der Friedensvertrag verpflichtet Polen zur Gewährung des freien Durchgangs auf allen in Betracht kommenden Linien, der ganz besonders für den Kohlenverkehr von Schlesien nach Ostpreußen wichtig ist. Das Eingehen auf die polnische Forderung würde einer schließlichen Behandlung neuerdings Tür und Tor öffnen. Alle Kreise sind sich darin einig, daß hier ein Nachgeben unmöglich ist. Das Lebensinteresse der Provinz wie des Reiches fordert mit allem Nachdruck, daß, wie lebhaft auch die Wünsche der Exportindustrie nach Wiederbelebung des Warenverkehrs sind, vor der Sicherstellung der Verbindung Ostpreußens mit dem Reich kein Wirtschaftsabkommen mit Polen abgeschlossen werden darf.

Ein Zwischenfall an der polnischen Grenze. Dieser Tage überschritten bei Warmsee im ehemaligen westpreussischen Abstammungsgebiet zwei polnische Soldaten von der polnischen Grenzbesatzung, beide aus Konarzew-Polen stammend, die deutsche Grenze. Ein deut-

scher Beamter der Grenzpolizei traf sie zufällig und forderte sie auf, die Waffen abzuliefern, und erklärte sie für verhaftet. Die Polen lieferten die Waffen nicht ab, sondern machten sie schußfertig. Infolgedessen griff der Beamte der Grenzpolizei zu seinem Revolver und schoß in der Notwehr auf die polnischen Soldaten. Einer erhielt einen Herzschuß und war sofort tot, der andere wurde schwer verwundet. Der erschossene Soldat wurde, nachdem eine Kommission den Tatbestand festgestellt hatte, nach Garmsee gebracht. Der verwundete Soldat wurde sofort nach dem Vorfall in Marienwerder im Krankenhaus eingeliefert. Am Tage vorher wurde ein deutscher, der die Grenze passiert hatte, von einem polnischen Soldaten, der ihn eine Minute vorher über die Grenze gelassen hatte, erschossen.

Radtransport der Deutschen aus Litauen. Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, hat die litauische Regierung von den deutschen Mannschaften, die Mitte Oktober angeblich von Werbern angeworben und über die ostpreussische Grenze getreten waren, einen Trupp in Stärke von 100 Mann wieder über die Grenze abgeschoben. Weitere Transporte sind bereits angekündigt. Die Leute werden im Durchgangslager Chotuhnen zurückgehalten, um zunächst eingehend vernommen zu werden. Das Wehrkreiskommando Königsberg hat das ostpreussische Oberpräsidium ersucht, nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit für die Zurückgehaltenen zu beschaffen. Auf Antrag des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen hat der Militärkommandant der Provinz Ostpreußen an der Grenze eingesetzt, um die dortigen Kräfte der Sicherheitspolizei in ihrem schwierigen Dienst zu entlasten und alle Möglichkeiten fernerer unerlaubten Ueberschreitung auszuschalten.

Erzberger hält sich weiter zurück. Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumsparität ist unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches in Berlin zusammengetreten. Neben wichtigen Fragen der innen- und äußeren Politik bilden Organisationsfragen den Gegenstand der Verhandlungen, die, wie die „Germania“ berichtet, einen in jeder Beziehung ersprießlichen Verlauf nahmen. Unter anderem ist auch die Angelegenheit Erzbergers erörtert worden. Die Verhandlungen führten hier zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis: Herr Erzberger gab aus freier Entschluß die Erklärung ab, daß er sich bis auf weiteres an den Reichstagsverhandlungen und an den Verhandlungen in der Fraktion nicht beteiligen wird.

Die Kreise der Wirtschaftler im Saargebiet haben den dringenden Wunsch geäußert, sobald als möglich einen engeren Anschluß an den Reichswirtschaftsrat zu finden. Ähnliche Wünsche sind auch aus Oberschlesien laut geworden. Diesen Wünschen zu entsprechen, dürfte durchaus im Interesse einer engeren Verbindung zwischen den genannten Landesstellen und dem Reich liegen. Es sind demgemäß auch von den maßgebenden Stellen sogleich die notwendigen Schritte unternommen worden, um den Saarländern und Oberschlesien Sitz und Stimme im vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu geben. Da sie indes nur in freiverwendende Stellen innerhalb der Körperschaft einrücken können, ist Vorfrage getroffen, daß bis dahin Saarländer und Oberschlesier als Sachverständige zu den Beratungen der einzelnen Ausschüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hinzugezogen werden.

Steigerung der Reichseinnahmen

Höhere Einnahmen bei Post und Eisenbahn.

Die Erhöhung der Postgebühren hat dem Reichsfiskus ein ganz Teil Mehreinnahmen zugeführt. Nach der Verdoppelung der Postgebühren am 6. Mai stiegen die Einnahmen im Mai gegen die Einnahmen des Vormonats um etwas über 72 Millionen auf 177,5 Millionen. Die Telegraphengebühren gingen allerdings um 2½ auf 23 Millionen zurück, ebenso die Fernspreckgebühren um fast 40 Millionen auf nicht ganz 30, da diese in der Hauptsache im ersten Monat des Vierteljahres eingezogen werden. Die empfindliche Erhöhung der Postanweisungsgebühren hatte, wie vorausgesehen war, eine starke Anknirschnahme des Scheck-

verkehrs zur Folge, der im Vergleich mit dem Vorjahre betragsmäßig nur um 2½ Millionen brach.

Bei den Reichseisenbahnen wurden ebenfalls Mehreinnahmen erzielt, allerdings in einer bescheidenen Höhe als bei der Post. Die Einnahmen stiegen um 180 Millionen auf 1281. Schließlich seien noch die Mehreinnahmen aus Steuern und Zöllen erwähnt, die 342½ Millionen mehr, insgesamt etwas über 1080 Millionen brachten.

Dieser erfreulichen Zunahme der Reichseinnahmen vom April und Mai mit über 500 Millionen steht aber leider immer noch eine erhebliche Steigerung der schwelenden Schuld um fast 6½ Milliarden auf 148,75 Milliarden gegenüber, eine Folge der ungeheuren Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrages, der unsere Notenpresse nicht zum Stillstand kommen läßt.

Rundschau im Auslande.

Die Probeabstimmung zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat eine große Mehrheit für den republikanischen Kandidaten Harding ergeben.

Polen: Der Streit um Wilna.

Die polnische Landtagskommission für auswärtige Angelegenheiten beschloß, das Gebiet von Wilna Polen einzuverleiben und gegen jeden Versuch, aus dem Wilnaer Gebiet einen besondern Staat zu bilden, Einspruch zu erheben. Ferner wird die Kommission dem Plenum den Antrag vorlegen, die Regierung zu ersuchen, in den beiden vom General Jeligowski nicht besetzt gehaltenen Gebieten unverzüglich eine ordnungsmäßige und einheitliche Verwaltung einzuführen. Demgegenüber erklärt der polnische Außenminister Sapieha in einem Telegramm an den Völkerbund, daß die polnische Regierung mit einer Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet unter der Kontrolle des Völkerbundes einverstanden sei unter der Voraussetzung, daß das litauische Gebiet nicht von litauischen Truppen besetzt gehalten wird. Die polnische Regierung bittet, so schnell wie möglich und unter den einfachsten Formen die Abstimmung stattfinden zu lassen.

England: Also doch Genf?

Der Meinungsaustausch zwischen Paris und London läßt, wie weiter berichtet, es sicher erscheinen, daß die Sachverständigen des Wiedergutmachungsausschusses und die deutschen Sachverständigen demnächst eine Zusammenkunft haben werden, die wahrscheinlich in Brüssel stattfinden werde. Nach Absaffung eines Berichtes durch die Sachverständigen werde wahrscheinlich eine weitere Zusammenkunft in der Art der Konferenz von Spa stattfinden, vermutlich in Genf. Unter der Zusammenkunft in der Art der Konferenz von Spa soll wohl — so nehmen wir zunächst zu unserem Gunsten an — eine Wiederholung der mündlichen Verhandlungen verstanden sein. Solange aber auch die Beschlüsse der Genfer Wiedergutmachungskonferenz „in der Art von Spa“ ausfallen, so würde die deutsche Regierung gut daran tun, den Verhandlungen überhaupt fern zu bleiben. Denn ein Diktat, wie das Kohlenabkommen, kann auch ein diplomatischer Vertreter des Reiches entgegennehmen, dazu braucht es nicht offizieller Minister, die angelächelt als gleichberechtigte Teilnehmer zu der Konferenz zugelassen werden. Letzten Endes aber doch sich dem Nachwillen der Entente beugen müssen.

Italien folgt dem Beispiel Englands.

Nach zuverlässigen Nachrichten aus italienischen Handelskreisen wird Italien, dem englischen Beispiele folgend, eine Verzichtserklärung auf den § 18 des Versailler Vertrages, der den Alliierten das Recht zur Beschlagnahme deutschen Eigentums gibt, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, in kürzester Zeit abgeben. Dieser Verzicht würde ganz in den Linien der italienischen Politik liegen, die sofort nach Wiederherstellung des Friedenszustandes eine völlige, ungeführte Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland angestrebt hat. Wie der „Berliner Volksanzeiger“ erzählt, rechnet man in Berlin damit, daß in nächster Zeit eine dritte der Mächte, die den Versailler Frieden unterzeichnet haben, den gleichen Schritt tun dürfte.

Frau Manos Königin-Witwe von Griechenland.

Die morganatische Gemahlin des verstorbenen Königs von Griechenland, Frau Manos, wurde durch Gesetz als die rechtmäßige Gemahlin des Königs Alexander anerkannt. Frau Manos erbt somit das Privatvermögen des verstorbenen Königs.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

51] (Nachdruck verboten.)

Er lachte, als ihm Alara beim Kaffee erzählte, daß Dr. Heller seiner telegraphischen Ankündigung gemäß bereits in der Nacht zurückgekehrt sei, und hinzufügte, sie habe sich für die Zeit seiner Abwesenheit von ihrem Dienst in der „Eisernen Krone“ frei gemacht.

„Na ja, Mädel, nun hast du deinen Willen. Jetzt siehst du doch, daß gar nichts weiter dabei ist, wenn der Bräutigam einmal etwas länger fortbleibt, als er sich ursprünglich vorgenommen hatte, und nicht jeden Tag „hier vier Seiten langen Brief schreibt. Na, die Freude war wohl groß?“

Alara erwiderte: „Aber sie wollte es nicht der Frau Witten überlassen, dem Vater von dem Streit in der Nacht zu berichten, und so sagte sie: „Die Freude war groß, aber der erste Rausch kam gleich hinterher. Die Frau Witten ist sogar darüber aufgewacht.“

Der Kriminalinspektor zog die buschigen Augenbrauen in komischem Unwillen hoch und drohte seiner Tochter mit dem Finger.

„Alara, du wirst doch nicht aus Eigensinn alles dummes Zeug geschwätzt haben? Du bist doch sonst so gescheit? Aber etwas blaß siehst du wirklich aus. Es ist dir wohl nahe gegangen? Um was hat es sich denn gehandelt? Warst du etwa eifersüchtig, Alärchen, mein Kind?“

Sie zwang sich zu einem mühsamen Lächeln und schüttelte den Kopf. Die volle Wahrheit durfte der Vater ja doch nicht wissen.

„Dr. Heller war nicht recht damit einverstanden“, sagte sie, „daß ich den Überwachungsdienst in der „Eisernen Krone“ übernommen habe. Er sagte, das sei nichts für geübte Mädchen. Und das wollte ich nicht zugeben.“

Papa Brandt machte eine ziemlich erhabene Miene. „Mergere dich nicht darüber, Alärchen“, antwortete er. „Ein Bräutigam ist ein herzensguter Mensch, aber die Leitung der Polizei versteht er nicht zu würdigen. er hinter die Kulissen blicken könnte, würde er reden. Halte um des lieben Friedens willen

den Mund, so lange er da ist, nachher kannst du ja doch machen, was du für recht hältst. Aber willst du den Dienst bei Herrn Wilmers nicht wieder aufnehmen?“

Sie antwortete jetzt mühsam, eine Purpurwelle war ihr bis zu den Schläfen hinaufgeschossen. Die Antwort wurde ihr entschieden nicht leicht.

„So lange Dr. Heller zu Hause ist, will ich selbstverständlich hier bleiben, aber dann möchte ich für einige Tage nochmals hingehen. Ich habe die Empfindung, als würde mir da noch etwas offenbar werden. Ich weiß nichts Bestimmtes, aber dieses Gefühl werde ich nicht los.“

Der alte Herr nickte zustimmend. „Dann tue so. Es ist auch mir in meinem Dienst schon oft genug passiert, daß ich solchen Empfindungen, die ich den Polizeinspektoren nennen möchte, gefolgt bin, ohne sonst einen bestimmten Anhalt gehabt zu haben, und fast nie habe ich mich getäuscht. Du wirst ja sehen, was für dich herauskommt. Auch Vollerhard erzählt mir heute früh, als er auf die Direktion kam.“

Es klopfte, und gleich darauf trat Dr. Bernhard Heller mit einem drückenden Rosenstrauch ein. Er nahm sich gar nicht die Mühe, den Polizeinspektor zu grüßen, sondern ging sofort zu seiner Braut, die sich mit blassem Gesicht erhoben hatte, und küßte ihr die Hand.

Seine schwärmerischen Augen blühten sie lebend an und ein halblautes: „Verzeihe mir, mein Lieb!“ kam über seine Lippen.

Das junge Mädchen fühlte, wie es sie kalt und heiß überließ, aber sie brachte es über sich, ihm ihre freischen Lippen zum Kuß zu bieten.

Er aber wiederholte: „Erlaubst du mir verzeihen, du mußt es mir ausdrücklich sagen, sonst glaube ich es nicht.“

Da antwortete sie, aber es war zunächst mehr ein Stammeln, als ein Sprechen: „Ich verzeihe dir, weil du mir sagst, daß ich es dir sage. Aber es war ja nichts.“ Er riß sie an sich und küßte sie, daß ihr fast der Atem verging, bis sich endlich der Kriminalinspektor einmischte. Mit seinem drohenden Blick sagte er:

„Aber, Kinder, jetzt macht mit den Sentimentalitäten Schluss. Liebeswitz unter Bräutleuten ist wirklich nicht mehr wert, als ein Sandkorn auf der Waage.“

Schamm drüber! Sehen Sie sich, und frühstücken Sie mit uns, lieber Doktor; denn man sieht es Ihnen an, daß Sie noch nichts gegessen haben. Das Rosenbulet, daß Sie da mitgebracht haben, ist prachtvoll, aber ein Gläschen Rindow Treisern hier ist besser. Prost, lieber Doktor.“

„Wenn Sie gestatten, trinke ich den Kognak nach dem Kaffee. Ich habe allerdings noch nicht frühstücker, um diese Rosen zu besorgen. Wenn also Fräulein Alara so gut sein will, mich an ihrem Tisch aufzunehmen, so mache ich von dieser Erlaubnis gern Gebrauch.“

Seine Braut hatte bereits eine Tasse für ihn gefüllt, Weißbrot, Butter und frische Eier zurechtgestellt, und daneben prangte der alte Kognak des Kriminalinspektors in schwerem, dunklem Glase. Der Doktor aß und trank, alles schien geordnet, und doch lag eine gewisse Gezwungenheit über den Bräutleuten.

Herr Brandt tat, als bemerkte er nichts, und er war auch wohl der Ueberzeugung, daß der Friede zwischen seiner Tochter und ihrem Bräutigam vollständig wieder hergestellt sei, und fuhr fort zu plaudern.

„Übrigens ist es meinem Kollegen Vollerhard gelungen, einen guten Gang zu tun, den ich ihm von Herzen gönne, denn er wird ihn beim Chef für den Mißerfolg rehabilitieren, den er in der „Eisernen Krone“ vor einiger Zeit gehabt hat. Er hat einen der eleganten Hochstapler verhaftet, der am Eröffnungsabend des Palais International die Diamanten und Perlen der eleganten Damen geblüht haben. Was aber die Hauptsache ist, er hofft durch diesen Patron dem Oberbürgermeister den Spitznamen „Marquis“ fähig, auf die Spur zu kommen.“

„Ach, entschuldigen Sie, lieber Doktor“, unterbrach er sich selbst, „da bin ich wohl mit der Kognakflasche gegen Ihr Glas gestoßen und habe es wieder.“

Der Doktor dankte hastig, aber nur seine Braut bemerkte, wie seine Hände zitterten, so daß das soeben gefüllte Glas wieder in Gefahr kam, seinen Inhalt zu verschütten. Wie ein Schüttelfrost ging es durch ihre Glieder, während der Kriminalinspektor in bester Laune in seiner Erzählung fortfuhr.

(Fortsetzung folgt.)

Die Mache für Mac Swiney.

Während der Begräbnisfeierlichkeiten des Bürgermeisters von Cork, Mac Swiney, ist es zur größten Überraschung aller Welt zu keinerlei Unruhen gekommen. Die nachträglich bekannt wird, hatte die Regierung mit den Sinnfeinern eine Art Waffenstillstand vereinbart. Jetzt nachdem diese Zeit vorbei ist, werden auch schon wieder neue blutige Zusammenstöße zwischen den irischen Polizeitruppen und den Sinnfeinern gemeldet. Die Ausdehnung der irischen Unruhen nimmt ständig zu. Es werden ernsthaft Aufrührerbewegungen in der Provinz Kerry gemeldet, wo verschiedene Polizeisten erschossen wurden. Darauf brachen die Truppen aus ihren Baracken hervor und steckten das Rathaus in Tralleer in Brand. Viele Häuser wurden eingestürzt. Hieraus folgte ein Angriff der Sinnfeinern auf die Polizeibaracken in Ballinacorney, die teilweise zerstört wurden. Die Soldaten plünderten die Kassen der Stadt Kasse. Überall wurden Plakate angeschlagen, daß jede Verletzung, die einem Mitglied der Krone zugefügt würde, durch Ermordung von fünf Sinnfeinern gerächt werden würde. Die ganze Provinz Kerry sowie der Westen von Tralleer sind beinahe im Zustande der Revolution.

Aus Stadt und Land.

Oberschlesien ohne Kartoffeln. Da das polnische Glebzitkommissariat dem mit der Interalliierten Kommission in Oberschlesien abgeschlossenen Vertrage auf Lieferung von 1 Million Zentner Kartoffeln aus Polen nicht nachgekommen ist, ist Oberschlesien, wie die „Post“ erfährt, zurzeit ohne Kartoffeln. Im vorigen Monat hatte die deutsche Regierung die von ihr versprochene Menge ohne weiteres geliefert. Die bisher von den Polen glücklicherweise hergelieferten 50 000 Zentner waren jedoch für die menschliche Ernährung überhaupt nicht zu gebrauchen. Nur die Oberschlesier war mit Speisefertigkartoffeln bedeckt, darunter lagen aber nur Futterkartoffeln und anderes.

Ein obereschlesischer Vandalenführer erschossen. Der mehrfache Mörder und Vandalenführer Emanuel Dörs aus Bielefeld, der kürzlich den Oberwachmeister Wöhrer und den Landjäger Schieleit auf offener Straße erschossen hatte, wurde in Eintrachtstraße mit zwei anderen Verbrechern verhaftet. Bei seiner Einlieferung in das Hindenburg-Gefängnis verurteilte der Richter, dem „Vandalen“ zufolge, den Polizeibeamten zu überfallen. Der Beamte griff in der Notwehr zur Waffe und verwundete Dörs durch einen Unterleibsschuß. Dörs starb bald darauf.

Schwere Fabrikexplosion. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Gottesberg: Die Ammoniakfabrik des von der Heubühnen in Niederhermsdorf ist in die Luft geflogen. Ein Abreißapparat durchschlug das Rohrohr und ein herabfallendes Stück der auseinandergerissenen Decke tötete einen Wärter.

Mord auf der Landstraße. Dieser Tage wurde in der Bezirksstraße Scharfenberg-Reißen in einem Kellergang der Leiche des Schnitwarenhandlers August Hille aus Meißen gefunden, der durch einen Bauchschuß getötet und seiner Bursche von über 1000 Mark beraubt worden ist. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Verheerender Dorfbrand bei Hamburg. In Gollensacker bei Hamburg wütete eine Feuersbrunst. Bei dem herrschenden starken Stwind besteht die Gefahr einer Vernichtung des ganzen Ortes. Die Hamburger Feuerwehren sind benachrichtigt; 15 große Behälter mit Erdbecken sind bereits niedergebracht.

Große Eisenbahnstöße in Sachsen. In Sachsen sind neuerdings große Stößeungen mit Schrott und Eisenschrott aufgedeckt worden. Auf mehreren Bahnhöfen wurden insgesamt 72 Eisenbahnwaggons mit Altschrott, das für Böhlen bestimmt war, angehalten und beschlagnahmt, da zwar die Ausfuhrbewilligung vorlag, aber eine 50 prozentige Ueberladung der Waggons festgestellt wurde. Ferner wurden 38 700 Kilogramm Altschrott, die nach dem Osten verschoben werden sollten, beschlagnahmt.

Hochherzige Stiftung. In der Kasseler Stadtverordneten-Versammlung möchte Oberbürgermeister Scheidemann die Mitteilung, daß Geheimrat Henschel der Stadt zu Wohnungsbauten die Summe von 2½ Millionen Mark überwiesen habe.

Kleine Nachrichten.

Die Vorarbeiten in Tegel bei Berlin mußten infolge Arbeitsverweigerung von 300 Reparaturschlossern, Werkzeugschmiedern und Elektrikern gestoppt werden. Rund 5000 Arbeiter müßten feiern.

Sport und Verkehr.

Förderung des Turnunterrichts. Der deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen trat am 31. Oktober zu einer Kampfsport-Ausschusssitzung im Reichsinstitut des Innern in Berlin zusammen. Auf Antrag des stellvertretenden Vorsitzenden Oberbürgermeisters Dominicus soll das Reichsministerium des Innern recht dringlich um sofortige Einführung eines mehrfachen Turnunterrichts und um Beibehaltung des Spielplatz-Gesetzes gebeten werden. Ebenso wird, nach Beschluß der Sitzung, die Einführung von Leistungsprüfungen an allen Schulen für die abgehenden Schüler für das Jahr 1921 beantragt. Diese Maßnahme wäre der erste Akt der Vorbereitung der Deutschen Kampfsport 1922. Die reichsweite Regelung des Turn- und Sportunterrichts unter der Leitung der Turn- und Sportvereinigungen ist Sache der Leibesübungen aus öffentlichen Mitteln. Auf Antrag des preussischen Turnlehrer-Vereins soll man in Erwägung der Verträge über die Einführung der Turnprüfung bei Abiturienten.

Volkswirtschaftliches.

Kapitalerhöhung der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank erhöht ihr Aktienkapital um 125 Millionen auf 400 Millionen Mark.

Wachsende Entwertung der deutschen Reichsmark. Der Reichsausschuß für den Marktsatz hat eine Abwärtsbewegung festgestellt. Die deutsche Zwanzigmarktscheine in Gold wurde am Dienstag der Berliner Börse mit 330—335 Mark bewertet. Die deutsche Reichsmark hat danach knapp 6 Prozent Abwärtsbewegung.

wertlos. — In Vorbereitung damit steht die Veranlassung der Sprozentigen Reichsanleihe auf 77,50 Prozent. Auch die Sparprämienanleihe ging auf 8,30 Prozent zurück. — Im übrigen herrschte an der Börse auch weiterhin Aufregung. Aufwärtsgetrieben wird die Tendenz durch die anhaltende Aufwärtsbewegung der Devisen, die großen Schwäche in der Bankwelt, wo gerade eben die mächtige Kapitalerhöhung der Deutschen Bank bekannt geworden ist.

Berlin, 2. November. (Barenmarkt.) Mais sofort 203—208, Roggenstroh 25—28, Weizenstroh 26—28, Maschinenstroh 23—25, Hafer 33—35, Kleien 27—30, Feldheu 32 bis 37, Altschrott 40—46, Weizen 150—170, Gerst 170 bis 185, Altschrott 170—190, Bistortaerbsen bis 310, kleine Kichererbsen bis 250, Futtererbsen 180—190, Seradella alt 70—75, neu bis 115, Lupinen blau 80, gelb bis 117, Naps 490—495, Mohr 700, Weizen 430—440, Senf 220 bis 240, Runkelrüben 7—8,50, Möhren rot 15—16, gelb 13 bis 15.

Berlin, 2. November. Kartoffelnotierungen. Mitgeteilt von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats: Der Erzeugerpreis für Speisefertigkartoffeln als Verladestation pro Zentner in Markt betrug in Stettin am 1. November für weiße 29—30, für rote 29, für gelbe 31—35 und für handverlesene Saatkartoffeln 38 bis 41.

Poliales.

Die Einigkeit der Eltern hat in allen Erziehungsfragen eine ganz außerordentliche Bedeutung! Aber man darf die Einigkeit auch nicht falsch auffassen und falsch anwenden. Ist der Vater streng, so braucht nicht auch die Mutter ebenso streng zu sein, sie mag ruhig bei Gelegenheit ihr Herz reden lassen und ihre Arme öffnen, um dem gequälten Kinde einen Unterschlupf zu bieten und einen Trost in seiner kleinen, und doch so großen Bedrängnis. Oder sollte das Kind niemand, gar niemand auf der Welt haben, wo es sich vor dem gerechten Zorne des Vaters verstecken könnte? Allerdings — und das ist so schwierig — darf die Mutter die gute Absicht nicht zu weit führen; sie darf nie dem Vater unrecht geben, und so in dem Kinde die Meinung hervorbringen, es werde vom Vater ungerecht behandelt, es habe die Strafe nicht verdient, es brauche keine Reue zu empfinden. Nein, die Eltern müssen in allen Dingen beisammen stehen; tragt der Vater mit der Tat, so möge die Mutter die nötige Ergänzung und Befestigung geben und dem Kinde begreiflich machen, wie weh es dem Vater tut, wenn er strafen muß.

(Doktorball.) Der Turnverein hält in der Regel alljährlich eine öffentl. Veranstaltung und auf dieselbe wird alsdann alle Sorgfalt verwendet, daß der Oktoberball sich großer Beliebtheit erfreute, das bewies d. überaus große Besuch, denn viele Besucher kehrten wieder um, da es ihnen unmöglich war einen Platz zu erhalten. Schon der Einmarsch der vielen Mitwirkenden ließ erwarten, daß etwas ganz Besonderes geboten werde. In der Ansprache dankte der Vorsitzende insbesondere den Vorstandsmitgliedern des Mittelstammes für die Teilnahme. Er sprach sich über die große Bedeutung der Leibesübungen in unserer schweren Zeit aus und betonte die Notwendigkeit des Turnens für die Jugend beiderlei Geschlechts. Er richtete sich am Schluß an die Einwohnerschaft und bat um Unterstützung der guten Sache durch Erwerbung der Mitgliedschaft zum Turnverein und schloß in einem 8 fachen „Gut Heil“ der deutschen Turnerschaft. Das Turnen der Jünglinge am Barren und Pferd, sowie die Freilebungen mit gegenseitiger Ergänzung und Unterstützung, ausgeführt durch die Knabenabteilung zeigten, daß es am gefunden und wohlgeübten Nachwuchs bei dem Turnverein nicht fehlen wird. Die Riege am Barren und Pferd der aktiven Turner zeigte bewundernswerte saubere ausgeführte Leistungen; man glaubte sich im Geiste in einen Zirkus oder in ein Varietés-Palast, wo berühmte Akrobaten ihre waghalsigen Übungen zum Besten geben. Bedenkt man aber auf der anderen Seite, daß doch auch unsere Turner die Folgen der langjährigen Hungerblockade zu tragen haben, so möchte man zu dem Schluß kommen, daß deutsche Kraft nicht unterzukriegen sei. Ein wahrer Glanzpunkt bildete der Reigen der Mädchen-Abteilung. Welche Arbeitsfälle mußte dieser Vorführung vorangegangen sein, bis man zu dieser Vollendung kommen konnte. Alles klappte wie am Schnürchen und der nicht enden wollende Beifall war für die Kinder wie für Herrn Körschner ein wohlverdienter. Etwas neues im Verhaltener Programm bildeten die beiden Tanzvorführungen. Die beiden Geschwister Paula und Enise Hübner tanzten mit großer Grazie ihre Gavotte, und es kam einem vor, als hätte ein altes Zauberbuch das Kokoro-Büchlein nach in hundertjährigem Schlaf ausgelassen und zu uns geführt. Der große Beifall forderte eine Wiederholung der Gavotte. Desgleichen war der Bauerntanz, ausgeführt von den Fräuleinchen Käthe Kunz und Paula Hübner, etwas Reizendes und der große Beifall erheischte ebenfalls eine Wiederholung. Die Schwandübungen der aktiven Turner zeigten eine wunderbare Korrektheit und wurden zweimal, ohne und mit Musikbegleitung, ausgeführt. Wenn diese geschmeidigen Übungen so gewandt ausgeführt werden, haben die wenigsten Zuschauer eine Ahnung davon, welche Kraftanstrengung dieselben an die Turner stellen. Die Siegerverteilung vom Jünglingswettbewerb hatte folgendes Ergebnis: 1. Heinrich Mayer, 131 Punkte, 2. R. Wedel 125 P., 3. Franz Horn 123 P., 4. Edm. Klaas 123 P., 5. Adolf Stahl und Karl Richter je 119½ P., 6. Ad. Spahn 119 P., 7. Albert Böhmer 114½ P., 8. Hermann Beyer 114 P., 9. Emil Mayer 112½ P., 10. Richard Sternberger 110 P., 11. Karl Schwenzer 108½ P., 12. Wilh. Sulzbach u. Rudw. Möbus je 101 P., 13. Alfred Stiel 99 P., 14. Willi Möbus 96 P., 15. Willi Leichter 95½ P., 16. Remus Schneider 93 P., 17. Karl Bierbrauer, Ludwig Gärten, Wilhelm Rod und Heinrich Köhm je 84½ P., 18. Georg Fischbach 79 P., 19. Willi Hoffmann 76 P. und 20. Alfred Mai 70 Punkte. Mit großem Kunstfiness und Geschick wurden eine ganze Anzahl Marmorgruppen gestellt, welche in ihrer Natürlichkeit einen eindrucksvollen Anblick gewährten. Nun ging man zum humoristischen Teil über und die Vorträge der Herren Friedel Körschner und Wilh. Weitenbach hielten die Zuschauer in der Zuhörer-

schaft in fortwährender Bewegung. Das Gesamtspiel, Robert und Bertram ging flott von statten und die Rollen waren recht gut besetzt. Der erfolgreiche Appell war ein wohlverdienter. Der Tanz, der am Abend unterbrochen wurde, konnte nun wieder einsetzen, und da der Tanzordnung recht Folge geleistet wurde, ging alles in schöner Ordnung vor sich.

Gemeindeverwaltung. Zu Beginn der Sitzung wurde Landwirt Heinrich Bierbrauer II. als Mitglied der Gemeindeverwaltung eingeführt. Hiermit ist das Kollegium wieder vollständig. 2 a Anschaffung eines Gemeindefuhrwerks. Der Herr Beigeordnete teilte mit, daß die Ansicht des Gemeindefuhrwerks sei sehr unrentabel, Herr Ludwig Schmidt habe die Anschaffungskosten auf 8000 Mk. taxiert. Diese Tage eischen eher zu niedrig als zu hoch. Herr Körschner empfahl die Anschaffung eines Fuhrbetriebes, hielt aber den jetzigen Zeitpunkt für ungeeignet. Der Antrag wurde zurückgezogen um zu geeigneter Stunde wieder zu erscheinen. 2 b Herrichtung der Diensträume im Rathaus der Beigeordnete betonte, daß man vorerst das Altesstotal in das Müller'sche Haus verlegen und die Anlegenheit im Auge behalten werde. 2 c Wie weit ist die Kartoffelversorgung? Es wurde mitgeteilt, daß 1000 Zentner für die Verteilung bereit sind. Die von sind bereits 90 Ztr. abgegeben. Es wurde gefordert, daß Leute welche eingeliefert haben, trotzdem ihre Wochenmengen haben. Die jetzige Menge reicht nur bis März. Es ist in Fehlbetrag von 800—1000 Ztr. zu verzeichnen. Der Riegel befand sich, daß 500 Ztr. für Kinderbewilligte angemeldet seien. Man könne nicht verlangen, daß die Landwirte allein das Opfer bringen sollen; eine solche Menge zum Preise von 15 Mk. abzugeben. Er betonte, daß wohl noch einige hundert Zentner von hiesigen Erzeugern zu erwarten seien, empfahl aber, um die Ablieferungsmöglichkeit zu erhöhen, für alle in der Gemeinde abzuliefernden Kartoffeln den Preis auf 25 Mk. zu erhöhen, und die Gemeinde soll den Unterschied von 15—25 Mk. für die Kartoffeln der Kinderbewilligten draufzahlen. In diesem Sinne erging einstimmiger Beschluß. Herr Körschner empfahl den hiesigen einschlägigen Geschäften, daß sie versuchen sollten noch Kartoffeln von auswärtig zu beziehen. Auch die Gemeinde will versuchen jetzt noch einige Waggons Kartoffeln anzufahren. 2 d Warum ruht die Bearbeitung der Beigeordnete, daß in den beiden letzten Wochen Kommissionsitzungen statgefunden haben. 2 e Hat die Gemeinde einen Bauplatz zu Siedlungszwecken gekauft? Hierauf wurde entgegnet, daß Herr Kahn sich bereit erklärt habe, das Gelände zum Selbstkostenpreis abzugeben, wenn ihm die Gemeinde ein gleichwertiges Gelände dafür gebe. Wenn dies nicht angänglich ist, soll jeder Landwirt, der über 20 Morgen hat, entsprechend abgeben, daß Herr Kahn 7 Morgen erhält. Weiter gab Herr Kahn an, daß im Jahre 1912 Herr Lehrer Jäger ein gleichartiges Gelände schon 200 Mk. per Acre gezahlt habe. Herr Riegel empfahl, da der Herr Minister die Anschaffung für 1920 gesperrt habe, den Bau von 2—3 wohnigen Blockhäusern an ausgebauter Straße. Herr Emil Schmidt wiederlegte dies, da man Mietskosten vermeiden wolle. Die Angelegenheit wurde kommissionell übergeben. 2 f Wie steht es mit der Schuldeputation? Vor Monaten wurden bereits aus den verschiedenen Körperschaften Personen zur Schuldeputation gewählt. Diese Wahl war aber vorzeitig vorgenommen worden, ohne daß man erst die Genehmigung zur Einsetzung einer Deputation bei der Regierung eingeholt hatte. Deshalb mußte nochmals zu einer Wahl gehen. Die Wahl wurde folgendes Ergebnis hat: Beigeordnete Karl W. Bierbrauer, die Schöffen Heinrich Bierbrauer und August Riegel, die Gemeindevorsteher Samuel Schüller, Emil Schmidt, die beiden Lehrer Böhmer und Dietrich und als ständige nicht gewählten Mitglieder Bürgermeister Hofmann, Pfarrer Jäger und Wahl und Rektor Walther. 2 g Ist die Zahlung des Schießplatzes im Walde erfolgt? Der Schaden ist jetzt nicht mehr festzustellen und es ist nicht zu erwarten, daß von irgend einer Seite eine Schadensersatzung bezahlt werde. 3. Der Antrag auf Einführung einer Geschäftsordnung für die Sitzungen der Gemeindebetreuer soll im Wortlaute jeder Mietliebe zugestimmt und in der nächsten Sitzung be. allen werden. 4. 4. Die Pauschalgebühr des Städt. Lichtwesens für die 16 elektrischen Lampen der Straßenbeleuchtung wurde auf 750 Mk. jährlich erhöht doch muß das Lichtwerk wie früher die Unterhaltung der Lampen mitübernehmen. 5. Für das Gemeindefuhrwerk wurde dem Kuchendienst jählich 200 Mk. Vergütung bewilligt. 6. Das Gesuch der beiden Nachwächter um Erhöhung ihrer Vergütung wurde nach Vorschlag des Gemeinderates von 3000 Mk. auf 4500 Mk. vom 1. Oktober ab erledigt. 7. Gesuch des Bundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen betr. Erlaß des Holzgeldes pro 1920. Ein Teil der Benannten hatten das Holz zu 2/3 der Tage erhalten. Auf das erneute Gesuch tritt für einen Teil gänzlicher Erlaß oder nochmalige Ermäßigung ein. 8. Bekanntgabe des Berichtes der Verkehrscommission betr. Herausnahme der Wasseleitungsröhren in der Wiesbadenerstraße. am 18. Oktober hatte die Verkehrscommission mit Vertretern des Magistrats zu Wiesbaden eine Ortsbesichtigung mit Beratung. Von Wiesbadener Seite aus wurde der Vorschlag gemacht, die Röhren bis zur Wilhelmstr. bis zum Gürtel sollten dieselben ausgebaut werden. Eine Verrohrung sollte möglichst vermieden werden. Mehr als ein Drittel Erwerbslose von Wiesbaden könnten Wiesbaden auf keinen Fall übernehmen. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt. 9. Bewilligung des auf die Gemeinde entfallenden Anteils der Herstellungskosten eines Gedächtnisbuches zu Ehren der Gefallenen. Dieses Gedächtnisbuch soll Namen, Geburtstag, Wohnort, Ehrungen etc. der Gefallenen des ganzen Regierungsbezirks ent-

halten. Die Gemeinde hat für jeden Gefallenen eine Mark Beitrag zu leisten und erhält ein Gedächtnisbuch. Die Mittel werden einstimmig bewilligt. 10. Auf den Wunsch der Erziehungs- und Pflegeanstalt Schwestern um Bewilligung einer Jubiläumsgabe wurden 50 Mk. bewilligt. 11. u. 12. Zwei Gefallen aus unserer Gemeinde waren durch die Schuld des damaligen Gemeindebeamten Horn nicht in der Versicherung der nass. Landesbank aufgenommen worden, obwohl die Angehörigen den Nachweis erbrachten, daß dieselben ordnungsgemäß hier angemeldet waren. Die Angehörigen erhalten je 100 Mk. Vergütung aus der Gemeindefasse. 13. Genehmigung der Mittel zur Vornahme der Strohholzsprengungen im Walddistrikt Wellborn 10. Diese Sprengungen ergeben schätzungsweise 600 Rm. Stöcke. Pro Rm. werden 59 Mk. bewilligt. 14. Beschlussfassung über die den Lehrern an der Fortbildungsschule zu gewährende Vergütung. Wie bereits in anderen Vororten wurde pro Jahresstunde 300 Mk. Vergütung gewährt und zwar rückwirkend vom 1. April d. Js. ab. 15. Beschlussfassung über den von dem Herrn Landrat auf Grund des Tumultschaden-Vertrages vorgeschlagenen Zusammenschluß mit der Stadt Wiesbaden. Mit 10 gegen 7 Stimmen wurde dieser Zusammenschluß beschlossen. Diejenigen Erwerbslosen, welche längere Zeit erwerbslos sind, sollen eine besondere Vergütung erhalten und zwar soll diese Vergütung nicht in bar, sondern in Lebensmitteln oder Kleidungsstücken gewährt werden. Der Betrag von 1200 Mk. wurde bewilligt. — In einer der letzten Sitzungen hatte sich Herr Schüler in der Aufregung dazu hinreißen lassen, einige Mitglieder der Lage zu zeihen. Namens der beleidigten erklärte Herr Seiger, für den Fall, daß sie sich geirrt hätten, sie ihr Bedauern auszusprechen, und Herr Schüler nahm mit Bedauern die Beleidigung zurück, wodurch dieser Fall erledigt sein dürfte.

* Der Musikverein veranstaltet am kommenden Samstag im „Bären“ ein Konzert. Sämtliche aktiven Mitglieder wirken dabei mit und Herr Albert Mai, der bekannte Dirigent des Vereins wird die Leitung übernehmen. Durch frühere Konzerte hat der junge Verein bereits einen recht guten Namen bekommen, sodaß auch bei diesem neuen Konzert die Gewähr gegeben ist, daß wieder recht Gutes geboten wird. Ein daran anschließender Tanz nebst Verlosung, Saalpost etc. bei mäßigem Eintrittspreis, bürgt dafür, daß jeder Besucher auf seine Kosten kommt! (Näheres im Inseratenteil.)

Wetterbericht.

5.—6. Fröh. Nebel, im Hochland Reif, wenig Sonnenschein, Niederschläge selten, Wind gering.

Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Zuckerarten.

Am Freitag und Samstag dieser Woche, jeweils vormittags werden im Rathause hieselbst, Zimmer Nr. 8, Zuckerarten ausgegeben.

Die Abholung hat bestimmt an diesen Tagen zu erfolgen und sind seitens der Haushaltungen die Zuckerarten sofort bei demjenigen Händler abzugeben, bei dem sie den Zucker beziehen wollen, da die Belieferung der Händler mit Zucker nach der hier vorgelegten Anzahl Karten erfolgt.

Die Ausgabe des Zuckers findet wahrscheinlich am Montag nächster Woche statt, jedoch wird näheres noch am Samstag den 6. d. Mts. bekannt gemacht werden.

Brennstoffverteilung.

In sämtlichen Kohlenhandlungen werden auf folge 4 der Kohlenkarten von Nr. 901 bis Schluß und folge 5 der Kohlenkarten Nr. 1—900 je ein Zentner Brisketts zum Preise von 16,10 Mk. verausgabt.

Die Abholung hat bis spätestens einschließlich Freitag den 5. d. Mts., zu geschehen andernfalls Belieferung nicht mehr erfolgt.

Wiesbaden, den 3. November 1920.

Der Bürgermeister Hofmann.

für die uns anlässlich unserer Vermählung zugegangenen Glückwünsche und Geschenke sagen wir unsern

innigsten Dank.

Wiesbaden, im Oktober 1920.

Karl May und Frau,
Mina geb. Pfeiffer.

Gesellschaft Kämmern.

Sonntag, den 6. November findet eine **Humoristische Unterhaltung mit Tanz** im Saal zum Adler statt.

Wir laden unsere Ehrenmitglieder und Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde und Gönner von Wiesbaden und der Umgegend ganz ergebenst zu dieser Veranstaltung ein.

Anfang 4 Uhr
Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

NB. Die Mitglieder werden gebeten Vereinsabzeichen anzulegen und sind solche an der Kasse erhältlich. Diejenigen Mitglieder, welche gesonnen sind einen Gegenstand zur Verlosung zu stiften, wollen denselben beim I. Vorsitzenden A. Groß, abgeben.

Musikverein Bierstadt.

Dirigent; Herr Albert Mai.

Samstag, den 6. November, abends 8 Uhr im

Saalbau „Zum Bären“

Konzert und Ball.

Hierzu laden wir die verehrl. Einwohner von Bierstadt, sowie sämtliche Vereine, Freunde und Gönner des Vereins ganz ergebenst ein.

Eintrittspreis 1,50 Mk.

Der Saal ist gut geheizt.

Der Vorstand.



Radfahr-Club Bierstadt 1900

Eingetrag. Verein.

Zu der am Sonntag, den 7. November 1920 nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal „Zum Bären“ stattfindenden

Jahres-Hauptversammlung

laden wir unsere Herren Ehrenmitglieder und Mitglieder höflichst ein.

Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung. 2. Mitgliederannahme. 3. a) Eingelaufene Schreiben, b) Bericht des Vorsitzenden über die letzten Versammlungen in Wiesbaden u. Frankfurt a. M. 4. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) der Kassenprüfer, d) der Fahrwarte. 5. a) Entlastung, b) Neuwahl des Vorstandes, c) Neuwahl eines Vergütungsausschusses. 6. Verschiedenes.

Der Wichtigkeit unserer Tagesordnung wegen, wird pünktliches und vollständiges Erscheinen gebeten.

Anschließend hieran findet im Gasthaus „Zum Tannus“ (Mitglied Hofmann) eine Familienfeier statt, wozu wir uns beehren unsere Ehrenmitglieder und Mitglieder sowie deren Angehörigen ganz ergebenst einzuladen und geben uns der angenehmen Hoffnung hin, Sie dortselbst begrüßen zu dürfen.

Der Vorstand.

Bezirksverein Wiesstadter-Höhe

Montag, den 8. November 1920, abends 8 Uhr

Mitgliederversammlung

im Wartturm-Restaurant

7 1/2 Uhr Vorstandssitzung.

Der Vorstand.



Turnverein Bierstadt

Eingetragener Verein.

Donnerstag, den 4. November 1920 abends 8 1/2 Uhr

Vorstandssitzung

Der Vorsitzende



Männer-Gesang-Verein

Bierstadt (Gegründet 1883)

Freitag, den 5. d. Mts., abends 8 Uhr

Sitzung des Vergütungsausschusses.

im Gasthaus zum Rebenstock

Die Damen desselben werden ebenfalls hiermit eingeladen.

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bittet

Der Vorsitzende.



Carneval-Verein „Narrrhalla“

Bierstadt.

Der Musikverein hier hat uns zu seinem am 6. d. Mts. stattfindenden Konzerte eingeladen. Wir bitten unsere Herren Ehrenmitglieder und Mitglieder von dieser Einladung fleißigen Gebrauch machen zu wollen.

Der Vorstand.



„Gesangverein Frohsinn“

— Bierstadt. —

Der Vergütungsausschuss wird auf heute Abend um 8 1/2 Uhr zu einer Besprechung im Café Höhn höflichst eingeladen.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.



Arbeiter-Radfahr-Bund

„Solidarität“

Ortsgruppe Bierstadt.

Donnerstag Abend 7 1/2 Uhr Fahrstunde für sämtliche Reigenmannschaften zwecks Aufstellung von Massengruppierungen.

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Jeder Hausbesitzer muß Mitglied des Haus- und Grundbesitzer-Vereins sein. Geschäftsstelle Moritzstraße 5.



Freie Turnerschaft Bierstadt.

(Mitglied des Arbeiter-Turner- und Sport-Bundes).

Am Sonntag den 7. November findet eine **Herbstwanderung nach Eppstein i. Taunus** statt. Abmarsch punkt 7,30 vormittags vom Vereinslokal „Gambrinus“. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Fußballsportverein Bierstadt.

Donnerstag, den 4. d. Mts., abends 8 Uhr Vorstandssitzung im Gasthaus zum Adler.

Der Vorsitzende.

Infolge der Witterungsverhältnisse sehen wir uns veranlaßt, die Spielfunden auf die Mittagszeit (2—5 Uhr) zu verlegen und bitten für Sonntag um recht zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.



Geflügel-, Vogel- und Kaninchenzucht-Verein, Wiesbaden. Gegründet 1905.

Wir teilen unseren Mitgliedern mit, daß der Meldetermin bis 10. November verlängert ist. Spätere Meldungen finden keine Berücksichtigung. Meldebögen sind bei Herrn Jakob Klotz, Talstraße 1, zu haben.

Der Vorstand.

Ihre Schuhe

werden wasserfest durch einmal wöchentliches Einsetzen mit meinem

Lederfett

(prima Ware) Dose 6,50 Mk. Ferner empfiehlt: **Wagenseife**, Pfund 4.— Mk.

Drogerie Lehmann.

Gut erhaltener mittelgroßer

Kochherd

und ein Fülllofen

zu verkaufen.

August Fiedrichshäuser,

Wiesbaden, Hintergasse 14.

Chinesischen und russischen Thee

in Beuteln à 1.— und 2.—

empfiehlt

Drogerie Lehmann.

Gegen Umtausch

suche 2-Zimmer-Wohnung nach

Wiesbaden.

Zu erfragen in der Geschäfts-

stelle der Bierst. Zeitung.

Wollen Sie?

Siehe vorrätig: Fenchelhonig —

Eucalyptus-Mentholbonbon, Ver-

toraltabletten — Sodener, Emser-

Wiesbadener Kochbrunnen, Sal-

miatipaketen, Ringelblumen etc.

Drogerie Lehmann.

Wiesbadenerstr. 4. Fernspr. 3267

Spinat

Pfd. 50 Pf. zu verkaufen
Wilhelmstraße 13.

Wollen Sie

einen gesunden

Tierbestand?

So gebrauchen Sie den Nähr- und Futterfakt Landmannscreme Original, vorzüglich zur Mast u. ein verlässliches Stärkungsmittel verhindert bei Schweinen den Rotlauf und schützt gegen Bräune u. Husten. — Paket 1,20 Mk. Drogerie Arthur Lehmann, Wiesbaden, Wiesbadenerstraße 4. Ecke gegenüber der Post. Telefon 3267.

Klinge Frauen

lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate — Nehmen Sie bei

Regelstörung,

Störung nur meine auch in ver-

zweifelt Fällen erprobten wirk-

samen Mittel. Sie werden über-

rascht und wir dankbar sein.

Dist. Versand mit Garantie.

vollst. ungeschädigt andernf. Geld

zurück.

Wirkung in 8 Tagen

D. Hansen, Hamburg.

Weidenallee 50.

Rissige spröde Hände

heilen über Nacht durch Einreibung mit chemisch reinem

— Glycerin —

Zur Hautpflege empfehle: Lanolin, Miavera-Creme, .: Creme Peltzer, Vaseline (Friedensqualitäten) .:

Drogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstraße 4. Fernsprecher 3267.

Herrn-Sohlen 34 Mt.

Damen-Sohlen 27 Mt.

Garantiert Kernleder. Telefon 3033
Schuh-Reparatur, Wiesbaden, Mauergasse 12

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30.— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70

gegenüber Marienplatz

Wiesbaden.